

Antrag
der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Keine Hermesbürgschaften für Atomtechnologien

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Atomkraft ist eine Technologie, deren Zerstörungskraft und Schaden für Mensch und Natur jenseits aller Vorstellungskraft liegt. Wer keine Kompromisse bei der Sicherheit machen will, darf Kernkraft nicht fördern. Die apokalyptische Situation in Japan verdeutlicht erneut die Dringlichkeit, so schnell wie möglich und endgültig aus der Atomtechnologie auszusteigen. Eine Förderung der internationalen Nutzung und des Ausbaus der Atomtechnologie durch die Bundesrepublik Deutschland ist deshalb unverantwortlich und muss unverzüglich beendet werden.

Mit der 17. Legislaturperiode hat die schwarz-gelbe Bundesregierung die seit 2001 geltenden nationalen Hermes-Umweltleitlinien außer Kraft gesetzt und damit den Ausschluss der Exportförderung von Nukleartechnologien zum Neubau bzw. zur Umrüstung von Atomanlagen aufgehoben. Anfang 2010 hat die Bundesregierung die erste Bürgschaft für Atomexporte im Grundsatz zugesagt und sich bereit erklärt, die Beteiligung von Areva/Siemens am bereits begonnenen Bau des Reaktors Angra 3 im einzigen erdbebengefährdeten Gebiet Brasiliens mit 1,3 Mrd. Euro Hermesbürgschaften abzusichern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- ab sofort keine Hermesbürgschaften für Nukleartechnologien oder andere Technologien, die für den Bau von Atomkraftwerken bestimmt sind, mehr zu vergeben und damit auch die dem Interministeriellen Ausschuss für Exportgarantien des Bundes vorliegenden Anträge auf Exportkreditgarantien für Zulieferungen für Atomanlagen bzw. den Export von Atomtechnologie abzulehnen,
- die Grundsatzzusage für die Hermesbürgschaft für Angra 3 in Brasilien sofort zurückzuziehen,
- die Hermes-Umweltleitlinien von 2001 umgehend wieder in Kraft zu setzen und zukünftig konsequent einzuhalten,
- die Atomverträge mit Brasilien und Argentinien durch eine Kooperation über erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu ersetzen;

Berlin, den 22. März 2011

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion
Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion